

Calmer Tagblatt

Nr. 56

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

98. Jahrgang.

Verkaufpreis: In der Stadt mit Erhebung 45 Goldpfennig wöchentlich. Wochenausgabe 45 Goldpfennig ohne Beleggeld. — Schluß der Anzeigenannahme 3 Uhr vormittags.

Donnerstag, den 6. März 1924.

Bezugpreis: In der Stadt mit Erhebung 45 Goldpfennig wöchentlich. Wochenausgabe 45 Goldpfennig ohne Beleggeld. — Schluß der Anzeigenannahme 3 Uhr vormittags.

Neueste Nachrichten.

Die deutsche Regierung wird eine Protestnote an die Alliierten abgeben wegen der neuerlichen brutalen Übergriffe der Franzosen in der Pfalz, die eine Verletzung des Pfalzabkommens darstellen.

Die Botschafterkonferenz hat beschlossen, der deutschen Regierung davon Mitteilung zu machen, daß sie eine Wiederaufnahme der Militärkontrolle in Deutschland vorzunehmen wolle. Wenn sich Deutschland gutwillig füge und bisher kein Vergehen gegen die militärischen Vorschriften des Versailler Vertrags begangen habe, so werde man sich mit einem Garantiefomitee von kleinerem Personenkreis begnügen. Die Vorschläge gehen von England aus. — Zu bemerken ist, daß das Ansinnen der Entente vertragswidrig ist.

Ein Pariser Blatt ist in der Lage, Angaben über die zu errichtende Deutsche Goldnotenbank zu machen. Von besonderem Interesse ist, daß der Aufsichtsrat der Bank aus 7 Deutschen und 7 Ausländern sich zusammensetzen soll.

Reichsregierung und Reichstagsparteien beschäftigen sich zur Zeit mit der Auflösung des Reichstags und der Ausschreibung der Neuwahlen. Es scheint, daß die Sozialdemokraten durch Aufrechterhaltung der Abänderungsanträge zu den Notverordnungen die Reichsregierung zur Auflösung zwingen wollen. Aber auch das Zentrum tritt jetzt für Auflösung ein. Man spricht davon, daß die Auflösung am nächsten Samstag und die Neuwahlen schon am 6. April stattfinden sollen. Auch die besetzten Gebiete sollen an den Wahlen teilnehmen.

Der Prozeß Hitler-Ludendorff.

* Wir haben aus den Verhandlungen über den Hochverratsprozeß gegen Hitler, Ludendorff und die Münchner Nationalsozialisten bisher in der Hauptache die Erklärungen Hitlers und Ludendorffs, des Führers des Bundes „Oberland“, Dr. Weber, des früheren Münchner Polizeipräsidenten und späteren Vorsitzenden des Oberlandesgerichts München, Pöchner, gebracht, die fast übereinstimmend ausgelegt haben, daß der Putsch vom 8. und 9. November 1923 unter der bestimmten Voraussetzung ausgeführt worden sei, daß der bayerische Generallandtagskommissar v. Kahr und der Wehrkreiskommandant v. Lossow dasselbe Ziel verfolgten, nämlich von Bayern aus nach Norddeutschland zu marschieren, die Reichsregierung abzuwehren und eine Militärdiktatur im Reich zu errichten. Die Verneinung der weiteren Angeklagten, — des militärischen Führers des „Kampfbundes“, Oberstleutnant Kriebel, des Hauptmanns a. D. Köhm, des Gründers der „Reichskriegsflagge“ des Leutnants der Infanterieschule, Robert Wagner, der die Angehörigen der Infanterieschule für den Putsch verwendet hatte, und schließlich des Polizeioberamtmanns von München, Dr. Fria, der Leiter der politischen Abteilung der Polizeidirektion München gewesen und als solcher mit den Nationalsozialisten engste Fühlung unterhalten hatte, — brachte ebenfalls das Ergebnis, daß alle diese in der Bewegung führenden und am Putsch zum größten Teil aktiv beteiligten Persönlichkeiten fest angenommen hatten, daß Kahr und Lossow und mit ihnen die bayerische Reichswehr sowie die Landespolizei das Unternehmen gegen Berlin offen unterstützen würden. Kahr und Lossow werden also des Betrugs an der Bewegung bezichtigt, und es wird behauptet, daß der Putsch nicht durchgeführt worden wäre, wenn sie rechtzeitig die Absicht der Widerstandsleistung zu erkennen gegeben hätten. Neben dem Ziel des Sturzes der Reichsregierung, der Aenderung der Verfassung, und der Aufrichtung einer militärischen Diktatur verfolgte die Bewegung, wie verschiedene Angeklagte und besonders auch Hitler hervorhoben, die Bestrafung der Novemberverbrecher, also der an der Revolution 1918 aktiv beteiligten Personen. Hitler erklärte, eine Bestrafung der Novemberverbrecher werde sicher erfolgen, wenn auch erst in einem späteren Zeitpunkt.

Der Prozeß hat dadurch noch eine sensationelle Nebenbedeutung erhalten, daß Ludendorff im Zusammenhang mit der Verteidigung seiner Haltung bei dem Putsch einen scharfen Angriff gegen den Ultramontanismus und als dessen Folge die separatistischen Bestrebungen in Bayern erhob. Er bezichtigte die Führer der bayerischen Volkspartei, also des bayerischen Zentrums, daß sie den Einflüsterungen vatikanischer Vertreter zugänglich seien, und daß sich da ihre partikularistische Einstellung herleite. Interessant ist die Erklärung Ludendorffs und anderer angeklag-

ter Militärs, daß sie seinerzeit die anfänglich des Konflikts zwischen der Reichsregierung und der bayerischen Regierung vorgenommene Beibehaltung der Reichswehr auf die bayerische Regierung als Meuterei bezeichneten. Ludendorff vertritt also den von den Nationalsozialisten allgemein behaupteten Standpunkt, daß v. Kahr und seine Hintermänner den Putsch nicht mitgemacht haben, weil ihnen der großdeutsche Charakter dieser Bewegung nicht gepaßt habe, und weil sie lieber eine süddeutsche Monarchie mit Oesterreich zusammen gegründet hätten. Die Führer des Zentrums in Bayern wie im Reich nehmen nun begreiflicherweise zu den Behauptungen Ludendorffs Stellung.

Von den nun folgenden Zeugenvernehmungen werden in erster Linie die Aussagen Kahrs und Lossows von Bedeutung sein. Es ist zwar fraglich, ob sie sich in voller Offenheit über ihre Haltung gegenüber den Führern der Putschbewegung wie besonders anlässlich der Veranstaltung im Löwenbräukeller aussprechen werden, denn wahrscheinlich werden hier manche Dinge zur Sprache kommen, die im Interesse des Staatswohls am besten geheim gehalten werden.

Die voraussichtliche Dauer des Prozesses.

München, 5. März. Der Hitlerprozeß dürfte voraussichtlich noch 3 Wochen dauern. In den nächsten Tagen wird mit der Zeugenvernehmung fortgefahren werden. Von der Staatsanwaltschaft sind etwa 80, von der Verteidigung etwa 150 Zeugen geladen worden. Das Urteil dürfte erst Ende März gefällt werden.

Eine offizielle bayerische Erklärung zu den Aussagen Ludendorffs.

München, 4. März. General Ludendorff brachte bei seiner Vernehmung vor dem Volksgericht vor, durch die Presse sei eine Fälschung eines Abgeordneten der Bayerischen Volkspartei über Mitteilungen eines bayerischen Ministerialrates gegangen, Ministerpräsident Dr. v. Knilling und die Minister Schwenner und Matt seien für den Zusammenschluß Bayerns und Oesterreichs. Nur die Frage sei noch offen, ob ein bayerischer oder österrischer Fürst den Thron bestiegen solle. Minister Schwenner habe bei seiner Pfalzreise darüber mit dem französischen General de Metz verhandelt und die Zustimmung der Franzosen erhalten. Die Pfalz und Nordbayern sollten, wenn der Plan verwirklicht werde, abgetrennt werden. Hinter diesem Plan ständen auch Kardinal Faulhaber und der Papst. Ueber deren Verhalten und das der genannten Minister seien selbst die Ministerialreferenten ungehalten; sie seien damit durchaus nicht einverstanden. Ludendorff sagte dann weiter aus, er möchte besonders betonen, er wisse gar nicht, was daran ist. Ich stehe nicht als Ankläger hier, sondern möchte nur sagen, wie diese Gerüchte und die Art ihrer Erledigung auf mich wirken mußten. — Hierzu erfährt die Korrespondenz Hoffmann, daß an der von Ludendorff mitgeteilten Pressemitteilung kein wahres Wort ist. Minister Schwenner erklärte schon in der Sitzung des Haushaltsausschusses des Landtages vom 4. Mai 1923, daß die ganze Sache erlogen sei. Er sei in der Pfalz gewesen, habe aber den General de Metz nie gesehen und selbstverständlich auch nie getroffen. Gegen den Beamten, dem diese Äußerungen zugeschrieben worden waren, wurde ein Disziplinarverfahren durchgeführt, das zu der Feststellung führte, daß der Beamte die ihm in den Mund gelegten Äußerungen tatsächlich nicht getan hat und daß sein Verhalten nicht im mindesten Anlaß zu einer dienstlichen Beanstandung bietet. Auch hiervon machte Minister Schwenner in öffentlicher Sitzung des Landtages Mitteilung. Unter diesen Umständen betrifft es merkwürdig, daß Ludendorff diese längst als Klatsch widerlegte Dinge bei der Anklage aufgreift, die mit den angeblichen Vorgängen gar nicht in Zusammenhang gebracht werden können.

Das Reparationsproblem.

Die Botschafterkonferenz beschließt die Fortsetzung der militärischen Kontrolle Deutschlands.

Paris, 5. März. Die Botschafterkonferenz hat heute vormittag in Anwesenheit von Marschall Foch eine Sitzung abgehalten, in der sie sich über den Wortlaut der an Deutschland zu richtenden Note über die Wiederaufnahme der Militärkontrolle verständigt hat. — Havas erinnert in einem Kommentar zu der Sitzung daran, daß den Beratungen der Botschafterkonferenz die Vorschläge der englischen Regierung vom 25. Februar zugrunde gelegt haben, die die Botschafterkonferenz zur Begutachtung dem interalliierten Militärkomitee in Versailles übermittelt hatte. Die englischen Vorschläge seien heute, abgesehen von einigen Aenderungen in Einzelheiten, in großen Zügen angenommen worden. Die Note, die heute abend von der Botschafterkonferenz

an die deutsche Regierung gerichtet werde, sehe die baldige Wiederaufnahme der Militärkontrolle in Deutschland vor. Sie werde für die interalliierte Militärkontrollkommission das Recht in Anspruch nehmen, mit Unterstützung der Behörden in ganz Deutschland mit seinem derzeitigen Mannschaftsbestand nachzuprüfen, ob im Jahre 1923, wo die Kontrolle nicht mehr ausgeübt worden sei, Deutschland keine neuen militärischen Vorbereitungen unternommen habe und zur Zeit die Abrüstung als endgültig durchgeführt betrachtet werden könne. Wenn die deutsche Regierung zu dieser Nachprüfung die Hand biete, und wenn ferner deren Ergebnis negativ sei, würden die Alliierten bereit sein, an die Stelle der Militärkontrollkommission ein Garantiefomitee oder irgendein anderes gleichartiges Organ mit beschränktem Personalbestand zu setzen, entsprechend den Vorschlägen, die die Botschafterkonferenz im September 1922 Deutschland gemacht habe. Vorher werde Deutschland die in einer Note von 1922 vorgesehenen 5 Forderungen erfüllen müssen, die sich sämtlich auf die Abänderung der Gesetzgebung betreffend die Ausfuhr von Waffen, die Entmilitarisierung der Polizei usw. bezögen.

Eine deutsche Note gegen die erneuten französischen Übergriffe in der Pfalz.

Berlin, 5. März. In den letzten Tagen sind verschiedentlich Verstöße der französischen Besatzungsbehörde in der Pfalz gegen das am 16. Febr. abgeschlossene Abkommen von Speyer festgestellt worden. Während die Besatzungsbehörden die Bestimmungen des Abkommens, die sich mit dem Schutz der Separatisten befassen, genau beobachteten, haben sie sich hinsichtlich des Schutzes der reichsten Pfälzer mehrmals eines Bruches des Abkommens schuldig gemacht. Wie das „Berliner Tageblatt“ wissen will, wird deutscherseits eine Note an Frankreich gerichtet werden, in welcher strenge Untersuchung der betreffenden Verletzungen des Abkommens gefordert wird.

Zur Kabinettskrisis in Belgien.

Brüssel, 6. März. Der König hat Theunis ersucht, die Möglichkeit einer Umbildung des Kabinetts nochmals zu erwägen. Theunis hat um eine kurze Bedenkzeit, bevor er sich endgültig entscheide.

Französische Angaben über die deutsche Goldnotenbank.

Paris, 5. März. In einem Artikel über die Statuten der künftigen Goldnotenbank macht die „Information“ folgende Angaben: Die Sachverständigen scheinen sich auf den Standpunkt gestellt zu haben, daß das Aktivsaldo der Reichsbank unzulänglich und daß es daher nötig sein werde, der deutschen Finanzverwaltung ihre Passiven gegenüber der Rentenbank, d. h. die Vorschüsse in Höhe von 1200 Millionen Rentenmark, abzunehmen, die diese der Finanzverwaltung gewährt hat. Dies würde das erste Ziel der neuen Notenbank und vielleicht sogar der auf der Gesamtgrundlage der auf die deutschen Eisenbahnen aufzunehmenden Anleihe sein. Die Emissionsbank könne auf diese Weise ihre Tätigkeit mit einem Aktivum von mindestens 1200 Millionen Goldmark aufnehmen, das wie folgt zusammenge setzt wäre: 1. durch das Kapital der Bank selbst (etwa 400 Millionen) und zwar im einzelnen 100 Millionen für den Immobilienbesitz der Reichsbank, 150 Millionen, die das Ausland zeichne, und 150 Millionen, die das deutsche Kapital aufbringe; 2. durch einen Teil der internationalen Anleihe auf Grund der Eisenbahnen in Höhe von 400 Millionen Goldmark; 3. durch eine innere Anleihe von 400 Millionen Goldmark in Obligationen, garantiert durch einen Teil der Hypothek, auf Grund deren die Emissionsbank errichtet würde. Die Operationen liefen alles in allem darauf hinaus, daß Deutschland ermächtigt werde, eine ausländische Anleihe von 550 Millionen Goldmark aufzunehmen, wofür als einzige Kompensation vorgesehen sei, daß der Aufsichtsrat der neuen Bank aus 14 Direktoren und zwar 7 Deutschen und 7 Ausländern (1 Amerikaner, 1 Engländer, 1 Franzose, 1 Belgier, 1 Holländer und 1 Schweizer) bestellt sein werde. Der Vorsitzende solle ein Deutscher sein und die ausschlaggebende Stimme haben, aber seine Vollmachten würden nichtsdestoweniger, was die Vorschüsse an die Reichsregierung anbelange, beschränkt sein durch diejenigen eines alliierten Zensors oder Kontrolleurs, sodas jede Möglichkeit einer neuen Inflation vermieden werde. Das Personal der alten Reichsbank solle ganz beibehalten werden. Der Aufsichtsrat habe das Recht, durch Mehrheitsbeschluß die Zahl der deutschen Direktoren zu erhöhen, sodas Deutschland, wenn es seine Verpflichtungen erfülle, die Möglichkeit erhalte, die vollständige Kontrolle des

Emissionsmittels wieder zu erlangen. Sobald die Liquidation der Reichsbank und der Rentenbank vollzogen und sämtliche von ihnen ausgegebenen Scheine gegen Goldmark, mit denen man die umlaufenden Papier- und Rentenmark zurücklaufen werde, rediskontiert seien, müsse die neue Bank ihre Deckung, ihre Reserven und ihre Fortseuilles konstituieren und könne dann die Emission bis zu 3 Milliarden Goldmark vornehmen und das Diskontgeschäft betreiben. — Dem Verfasser des Artikel ist versichert worden, daß der Statuentwurf, der dem Sachverständigenkomitee unterbreitet werde, strenge Vorsichtsmassregeln vorsehe, und daß namentlich das kommerzielle Kreditgeschäft für den Anfang im Ausmaß von 50 Prozent gedeckt sein müsse oder auch, daß der Diskontsatz durch eine Spezialabgabe erhöht werden solle, die der Ungültigkeit der Golddeckung angemessen sei. Die Bank und die Deckung würden vorläufig außerhalb Deutschlands, wahrscheinlich in Amsterdam, bleiben.

Ausland.

Zur Abschaffung des Kalifats durch die türkische Nationalversammlung.

Konstantinopel, 5. März. Ismed Pascha erklärte in der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung in Angora, die Regierung beabsichtige, ihren Entschluß betreffend Abschaffung des Kalifats durchzuführen, und habe alle notwendigen Vorsichtsmassregeln getroffen. Konstantinopel werde immer türkisch bleiben, wenn die Türken weiterhin dieselbe Energie zeigten.

London, 5. März. „Daily Telegraph“ berichtet aus Allahabad, unter den indischen Muslimen sei infolge des Beschlusses der Regierung von Angora, das Kalifat abzuschaffen, Bestürzung entstanden. Die Anhänger des Kalifats hätten beschlossen, eine Mission nach Angora zu entsenden, um die Frage mit der nationalpolitischen Partei zu erörtern.

Erneute Lage in Spanisch-Marokko.

Madrid, 4. März. (S. S. S.) Die Lage in Spanisch-Marokko ist wegen des feindlichen Drucks von gewissem Ernst. In bestimmten Abschnitten haben die Spanier Teilschiffen vorgekommen. Inbesseren ist das Oberkommando der Ansicht, daß es notwendig ist, sofort eine Brigade einzuschiffen. Zwei weitere Brigaden sollen folgen. In der Gegend von Simtor explodierte eine feindliche Handgranate auf der Brücke des Kreuzers „Katalonien“. Der Kapitän des Schiffes und 2 Matrosen wurden getötet, 2 Leutnants und 8 Matrosen verletzt. Im Laufe der letzten Kämpfe haben die Spanier 5 Tote und 22 Verwundete gehabt.

Madrid, 5. März. Amtlich wird mitgeteilt, daß in Marokko verlustreiche Kämpfe stattgefunden haben. Eine Reservebrigade werde vom Festlande abgeandt; weitere folgen.

Deutschland.

Die Frage der Auflösung des Reichstags.

Berlin, 6. März. Wie die „Post. Ztg.“ mitteilt, wird das Reichskabinett heute Mittag zusammentreten und über die weitere parlamentarische Behandlung der Notverordnungen und die Reichstagsauflösung Beschluß fassen. Es wird sich vor allem auch mit der Frage beschäftigen, ob eine Verständigung darüber erreicht werden kann, daß der Reichstag, bevor er endgültig auseinandergeht, noch den Notetat und jenen deutschnationalen Antrag erledigt, der verlangt, daß gleichzeitig mit den Reichstagswahlen auch die Wahl des Reichspräsidenten stattfindet. Vor der Kabinettsitzung wird der Reichskanzler vom Reichspräsidenten empfangen werden. Das Blatt nimmt an, daß der Kanzler bei dieser Gelegenheit vom Reichspräsidenten die Ermächtigung zur Auflösung des Reichstags erbitten wird.

Berlin, 6. März. In der Besprechung, die der Reichskanzler gestern nach der Plenarsitzung des Reichstags mit den Führern der Koalitionsparteien hatte, ergab sich, wie aus parlamentarischen Kreisen verlautet, zwischen der Regierung und den vier Koalitionsparteien (Deutsche Volkspartei, Zentrum, Bayerische Volkspartei, Demokraten) vö-

llige Einigkeit über die Behandlung der gegenwärtigen parlamentarischen Auseinandersetzungen hinsichtlich der Notverordnungen der Reichsregierung. Die Reichsregierung gedenkt hierbei die Führung in der Hand zu behalten.

Ausperrung der Arbeiter bei den Bad. Anilinfabriken.

Ludwigshafen, 5. März. Infolge der Vorkommnisse von heute Morgen sieht sich die Badische Anilin- und Sodafabrik veranlaßt, folgende Bekanntmachung zu erlassen: Nachdem heute der größte Teil der Arbeiterkraft wieder die vorgeschriebene Arbeitszeit nicht eingehalten hat, und die während und nach der Werksversammlung erfolgten Gewalttätigkeiten und Zerstörungen gezeigt haben, daß eine ordnungsmäßige Weiterführung der Betriebe nicht möglich ist, sehen wir uns genötigt, die Betriebe in Ludwigshafen und Oppau morgen Donnerstag, den 6. März, um 6 Uhr früh zu schließen und der gesamten Belegschaft zu kündigen, soweit sie nicht schon fristlos entlassen ist.

Beamtenabbau und Sozialdemokratie.

* Im Dreißigen Saal hielt die Ortsgruppe Calw der sozialdemokratischen Partei eine Versammlung ab, in der Landtagsabgeordneter, Eisenbahninspektor Kesper über Beamtenabbau und Sozialdemokratie sprach. Nach Begrüßung der Teilnehmer durch den Vorsitzenden, G. N. S. I. S. I., nahm der Referent das Wort zu etwa folgenden Ausführungen: Durch die Nachwirkungen des verlorenen Krieges sei manches in Deutschland passiert, das in allen Kreisen Mißstimmung hervorgerufen habe. Diese Mißstimmung sei umso mehr in Erscheinung getreten, als bekanntlich das deutsche Volk in seiner politischen Entwicklung hinter den modernen Völkern zurückgeblieben war, sowohl was Staatsauffassung als auch politische Erziehung anbelange. Diese unpolitische Denkwiese des deutschen Volkes habe sich zu unserm Schaden sowohl während des Krieges wie nach demselben geltend gemacht, sodaß viele Volksgenossen geneigt seien, das Kind mit dem Bade auszuschütten. Nach dem Kriege hätten viele geglaubt, nun sei es möglich, alle erstrebten und erträumten Erleichterungen politischer, wirtschaftlicher und sozialer Art zu bekommen. Aus dieser Hochstimmung habe man das deutsche Volk durch die schweren Leistungen der Reparationsverpflichtungen, durch die Notwendigkeiten des wirtschaftlichen und sozialen Neuaufbaus herausreißen und vor nüchterne Tatsachen stellen müssen. Und jetzt machen viele den Fehler, daß sie überhaupt nichts mehr von Politik wissen mögen, sondern Stimmungen und Phrasen nachlaufen, statt mit ihrer Kraft zu helfen an dem Wiederaufbau des Vaterlandes. Wenn im Zusammenhang mit den politischen Ereignissen der letzten Jahre die Personalfabauverordnung besprochen werden solle, so sei es natürlich auch notwendig, die politischen Verhältnisse zu beleuchten, die zu diesen Maßnahmen geführt haben. Die Abbauregung fuße auf dem im Oktober 1923 vom Reichstag verabschiedeten Ermächtigungsgesetz. Der § 1 dieses Gesetzes enthalte den schwerwiegenden Satz, daß die von der Reichsregierung zu erlassenden Verordnungen von den Grundrechten der Reichsverfassung abweichen können. Von dieser Bestimmung sei eben auch der § 129 der Reichsverfassung, nach dem die wohlverordneten Rechte der Beamten unverletzlich sind, betroffen worden. Nach dem Beamtenrecht sei die vorläufige oder endgültige Zurücksetzung gestattet, wenn es sich um eine organische Staatsvereinfachung oder eine gesetzlich durchgeführte Aufhebung von Behörden handle. Anstatt aber die Staatsvereinfachung durchzuführen, habe man den umgekehrten Weg eingeschlagen, und zunächst das Beamtenpersonal entlassen. Es sei ja richtig, daß das Beamtenrecht nicht nur im Interesse der Beamtenchaft geschaffen worden sei, sondern auch im Interesse der Öffentlichkeit. Aber durch den rohen Abbau seien teilweise jetzt schon unerträgliche Verhältnisse entstanden, die die Öffentlichkeit berühren. Jetzt schon sehe sich beispielsweise die Post veranlaßt, mit Zunahme des Verkehrs oder veränderter Verhältnisse Neueinstellungen vorzunehmen. Solche Tatsachen würden das Vertrauen zur Verwaltung nicht stärken. Auch im Bewußtsein des Beamten sei eine

Rechtsunsicherheit entstanden, wodurch das Vertrauen des Beamten dieser Staatsverwaltung gegenüber schwinde. Man müsse sich fragen, inwieweit man noch von einem Berufsbeamtentum sprechen könne, wenn seine Rechtsunsicherheit erschüttert werde. Auch die sozialen Fragen seien zu beachten. Wo solle der Beamte unterkommen? Er sei zwar zum Teil durch Wartegeld und Pension gesichert. Aber für die noch jungen, arbeitsfähigen Beamten sei es sehr schwer, in einem andern Beruf unterzukommen, beispielsweise für den Eisenbahnbeamten. Durch den Beamtenabbau werde auch der Arbeitsmarkt belastet, die Arbeitslosigkeit vermehrt und schließlich ein Druck auf Löhne und Gehälter ausgeübt. Und schließlich müßten die Beamten, die 20 und 30 Jahre einwandfrei ihren Dienst versehen, und sich vielleicht eine Berufsfrankheit zugezogen hätten, befürchten, daß man sie zuerst entläßt. Die politische Folge dieser Entlassungen sei aber Unzufriedenheit, wodurch die so notwendige Konsolidierung unserer innerpolitischen Verhältnisse in verhängnisvollster Weise verhindert werde. Nach einer Statistik rechne man mit einem Abbau von 25 Prozent, das wären 379 000 Beamte des Reichs, der Länder und der Gemeinden, einschließlich der Dauerangestellten, davon 253 500 der unteren Beamtenchaft, 116 500 der mittleren und 9000 der oberen Besoldungsgruppen. Man könne mit etwa 150 000 Beamten rechnen, die einen andern Beruf ergreifen müßten. Zu diesem Beamtenabbau sei dann noch der Gehaltsabbau in Höhe von 50—60 Prozent des Friedensgehalts getreten, zu einer Zeit, in der die Lebensmittelpreise über den Friedenspreis stehen, weiter die Ausschaltung der Beamtenvertretungen beim Abbau, Angriffe auf das Koalitionsrecht der Beamten, die Gehälter sollen nur entsprechend der Steigerung der Mieten erhöht werden, und am Horizont tauche schon wieder die Frage auf, ob nicht Schutzgelder für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse eingeführt werden sollen, um die landwirtschaftlichen Produkte auf einer entsprechenden Höhe halten zu können. Auch die Frage der Privatisierung der Eisenbahn und Post gehe den Beamten an. Schon im Jahre 1921 habe der Verband der deutschen Industrie dem Reich eine Anleihe angeboten mit dem ausgesprochenen Ziele, die deutsche Reichsbahn in privatkapitalistische Hände zu bekommen. Bei der Rentenbank habe das Privatkapital ebenfalls bestimmenden Einfluß, womit gewisse Gefahren für das Wohl der Allgemeinheit verbunden seien. Interessant sei auch die Schwenkung der Zentrumspresse. Der „Deutsche“, das Organ des Führers der christlichen Gewerkschaften, Stegerwald, habe Artikel enthalten, daß nun einmal in Deutschland das Privatkapital die Macht in den Händen habe, und daß man eben sehen müsse, wie man sich angeht, diese Tatsache mit dem Kapitalismus verständlich. Diese Auffassung sei den Interessen des heutigen Staats gerade entgegengesetzt. Vor dem Krieg sei der Staat dem Privatkapital angenehm gewesen, weil der ehemalige Obrigkeitsstaat in gewissem Sinne den Arbeitgeber und das Kapital mehr geschützt habe als der heutige Staat, und deshalb sei es den kapitalistischen Kreisen daran gelegen, den heutigen Staat nicht zu unterstützen, sondern das Gegenteil zu tun. Und in dieser Richtung liegen alle die Maßnahmen, die in letzter Zeit getroffen worden seien, den Einfluß des Kapitals zu stärken, denjenigen der Arbeitnehmer, der Angestellten, Beamten und Arbeiter zu schwächen. Diese Entwicklung sei möglich gewesen, weil in der bürgerlichen Presse immer wieder gegen die Beamten gehegt worden sei, und so große Kreise des Volkes über die tatsächlichen Verhältnisse nicht unterrichtet gewesen seien. Welchen finanziellen Erfolg der Abbau habe, sehe man an Oesterreich, wo etwa 30 Prozent abgebaut worden seien. Der Vorschlag von 1924 sehe 0,4 Prozent Ersparnis gegenüber dem Aufwand von 1923 vor, obwohl mehr als 50 000 Personen abgebaut worden seien. Es werde nun der Sozialdemokratie vorgeworfen, daß sie dem Ermächtigungsgesetz zugestimmt habe. Die Sozialdemokratie habe aber bisher nicht die Macht gehabt, ihre eigene Auffassung durchzusetzen, sie habe immer mit den bürgerlichen Parteien zusammen die Regierung führen müssen, und sei deshalb auch zu Konzessionen gezwungen gewesen. Selbstverständlich verrete die Sozialdemokratie die Ansicht, daß an den Folgen des verlorenen Krieges auch die Arbeitnehmer ihr Teil zu tragen haben, aber sie sei der Meinung, daß die Auswirkungen nicht in dieser rückwärtschenden Form in Erscheinung treten brauchten, wie es in den letzten Monaten geschehen sei.

(Schluß des Berichts folgt).

Der Doppelgänger des Herrn Emil Schnepfe.

Roman von Carl Schüler.

Amerikanisches Copyright by Robert Luz in Stuttgart 1916.

„Tu das ja nicht!“ meinte der Rittmeister. „Wer weiß, was dann unter der Haut zum Vorschein kommt. Womöglich 'n Lustmörder! Und nun mein Sohn, darfst du mir einen Kognat geben — klinge mal ...“

„Ambringen könnte ich den Kerl!“ schrie Dorival.

„Das würde nur beweisen, daß du wirklich ein Verbrecher bist!“

„Mach keine Witze.“

„Ich würde mir an deiner Stelle 'n Bollbart setzen lassen,“ sagte der Rittmeister.

„Fällt mir nicht im Traum ein!“ schrie Dorival. Er hatte einen schönen Mund und wußte das. „Uebrigens, mein Doppelgänger scheint sich einer gewissen Berühmtheit bei der Polizei zu erfreuen. Höchst gerissener Junge, den sie schon lange vergeblich suchen. Legt sich hochklingende Namen bei, gibt sich als ehemaligen preussischen Kavallerieoffizier aus, und legt in den vornehmen Hotels die lieben Leute links und rechts herein. Fabelhaft. Na, er sieht ja gut aus —“

„Jungel Sei nicht eitel!“

„Um — m ... Na, Prost, Umbach! Scheußliches Gefühl. Na, kann nicht dafür. Sache ist auch erledigt.“

„Prost! Ach nein, mein Sohn,“ jagte der Rittmeister langsam und feierlich, „die — Sache — ist durchaus nicht — erledigt ...!“

„Wie? Ist doch alles glatt wie Del! Postjet hat sich entschuldigt —“

„Weil dir trotzdem jeden Tag eine neue Verhaftung droht. Das ist doch klar. Dein famoser Herr Schnepfe wird natürlich eifrigst gesucht und du kannst darauf wetten, daß sämtliche Polizeibeamte dein Bild —“

„Mensch!“

„— na, sein Bild bei sich tragen. Man sieht dich, erkennt dich, verhaftet dich ...“

„Mensch!“

„— und an deiner Stelle würde ich vorläufig strift zu Hause bleiben und vor allem alle Vergnügungstotale meiden. Was übrigens sehr gesund sein soll.“

„Keel! Keel, mein Lieber! Das Gesundsein der Vergnügungslosigkeit hab ich drüben auf dem einjamen Bergwerk zwischen den gelben Galgenesichtern genugsam ausprobiert. Danke gehorjamst. Geht du mit ins Metropole, Umbach?“

„Wenn es sein muß.“

„Es muß sein. Auf in den Kampf — da — di — da — tadada ...“

Und der Chronist muß hier mit Bedauern konstatieren, daß der Rittmeister von Umbach und der Freiherr von Aembrüster um acht Uhr morgens nach Hause kamen. Was auch für Berliner Verhältnisse nicht gerade solide war ...

Von neun Uhr vormittags bis zwölf Uhr vormittags träumte Dorival, der Herr Emil Schnepfe zu sein. Der Traum endete mit seiner Hinrichtung durch das Fallbeil. Es war ein furchtbarer Traum.

Einige Tage später, an einem langweiligen Sonntagabend, saß Dorival in einer Loge im königlichen Opernhaus. Es wurde eine Verdi-Oper gegeben, doch interessierten ihn die Vorgänge auf der Bühne wenig. Er hatte sich nach dem Theater mit Umbach verabredet und wollte nur die Zeit bis dahin totschlagen.

Musternd sah er sich um. Gerade ihm gegenüber saß ein junges Mädchen, das ihn zu interessieren begann. Eine Schönheit von südländischer Rasse. Sie lächelte nach ihm herüber. Er irrte sich nicht. Eine Blutwelle stieg ihm ins Gesicht. Er nahm sein Glas zu Hilfe. Wahrhaftig, sie lächelte wieder. Ein bezauberndes Lächeln ...

Ein großer Herr, im einfachen bürgerlichen Gehrock, mit aufgestülptem Schnurrbart und scharfem, militärischem Blick, stand im Hintergrund einer Loge des dritten Ranges, und richtete sein Opernglas unausgesetzt auf den vornehmen Herrn, der so angelegentlich eine junge Dame aufs Korn nahm, die im Schmuck ganz besonders kostbarer Brillanten glänzte.

Am Schluß des ersten Aktes, als alles in die Wandelhalle strömte, richtete es der Herr im Gehrock so ein, daß er mehrere Male dicht neben Dorival zu stehen kam. Unauffällig beobachtete er ihn und schließlich schien er seiner Sache sicher zu sein.

(Fortsetzung folgt.)

Aus Stadt und Land.

Calw, den 6. März 1924.

Vortrag von Dr. Haller.

* Wir wollen nicht verfehlen, die Gewerbetreibenden auf den morgen abend im Weißchen Saale stattfindenden Vortrag von Dr. Haller vom Landesgewerbeamt hinzuweisen. Der Vortragende, der bekanntlich Calwer ist, hat mit seinem letzten Vortrag im Handels- und Gewerbeverein großen Beifall gefunden, und seine klare und leicht verständliche Vortragweise ist besonders geeignet, die Zuhörer zu befriedigen. Das Thema selbst, das die Geschäftsführung des heutigen Handwerksbetriebs und die Aufgaben des Handwerkers im öffentlichen Leben behandelt, dürfte zudem alle Handwerker und Gewerbetreibenden heute besonders anziehen.

Wohltätigkeitsveranstaltung der Bürgergesellschaft Calw.

* Auf vielseitigen Wunsch hat der Vergnügungsausschuss der Bürgergesellschaft Calw beschlossen, das Programm, das an dem Familienabend des Vereins am letzten Samstag geboten wurde, auch einem größeren Kreise der Einwohnerschaft zugänglich zu machen. Im Mittelpunkt der Veranstaltung steht ein Tanz und Singspiel, das Herr Reallehrer Heller in Calw, der sich bekanntlich schon wiederholt mit Erfolg auf literarischem Gebiet betätigt, zum Verfasser hat. Das Stück „ein Leletränchen von Anno dazumal“, spielt in der Wiederkehrzeit, und wird ganz in historischer Aufmachung — Scenerie und Kostüme — gegeben. Besonderes Interesse dürften auch die reizvollen alten Tänze finden. Die anerkannten Fähigkeiten der leitenden Personen des Vergnügungsausschusses bürgen für gediegene künstlerische Ausführung. Auch auf musikalischem Gebiet winten erlebte Genüsse. Frä. Dora Kauffmann, die als Konzertsängerin in Calw noch in guter Erinnerung ist, wird sein gewählte Lieber von Brahms und Grieg singen, während Streichmusik und Klavier Beethoven, Mozart und Haydn bieten. Der Reinertrag der Aufführung ist in Befolgung der Empfehlung von unterrichteter Seite zu Gunsten bedürftiger Konfirmanden beider Konfessionen bestimmt, um diesen die Beschaffung von Kleidung und Wäsche zu ermöglichen bzw. zu erleichtern. Wie wir hören, ist gerade in diesem Jahr die Not vieler Familien, die Konfirmanden haben, sehr groß, und es ist daher zu begrüßen, daß sich die Bürgergesellschaft in den Dienst der Bestrebungen zur Unterstützung solcher Familien stellt. Es ist eine bekannte Tatsache, daß man lieber gibt, wenn man auch ein gewisses, wenn auch nur ideelles Äquivalent dafür erhält, und so ist zu erwarten, daß die Veranstaltung, die auf wertvolle Unterhaltung eingestellt ist, ihren guten Zweck erfüllt, dadurch daß sie recht zahlreich aus allen Kreisen der Bevölkerung besucht wird.

Nachtrag zu der Liste der evangelischen Konfirmanden.

Von den Schülern der Handelsschulen werden hier konfirmiert: Kurt Kauffmann, Hans Cærlin.

*

Simmozheim, 5. März. Leyten Sonntag hielt der Turnverein eine in allen Teilen wohlgelungene Werbefeier. Der Film vom Deutschen Turnfest wurde allgemein bewundert, hervorragende turnerische Höchstleistungen waren zu sehen. Hauptlehrer Wilmayer gebührt für seine Mühe Dank und Anerkennung. Alle Besucher dürften wohlbefriedigt heimgekehrt sein.

(SCB.) Pforzheim, 5. März. Ein 40 Jahre alter Beamter wurde in der Küche seiner Wohnung tot aufgefunden. Nach den bisherigen Feststellungen ist der Tod durch Einatmen von Leuchtgas, das infolge der mangelhaften Zuleitung zum Gasherd entströmte, zurückzuführen. Ein Verschulden dritter liegt nicht vor.

(SCB.) Nagold, 5. März. Als der Altensteiger Zug gestern abend 1/8 Uhr über den Bahnübergang an der Hailerbacher Straße fuhr, kam gleichzeitig ein Fuhrwerk ohne Beleuchtung von der Stadt her in der Meinung, noch rechtzeitig über das Gleis zu gelangen. Das Fuhrwerk wurde jedoch von der Maschine erfasst und beinahe zerkleinert. Fuhrmann und Pferd kamen mit heiler Haut davon. Doch war ersterer in den Straßengraben gefallen.

(SCB.) Stuttgart, 5. März. Mit dem Verbot der

Kommunistischen Partei wurde zugleich auch eine Schließung der kommunistischen Parteibüros, Buchhandlungen usw. verfügt und durchgeführt, die jetzt nach der Aufhebung des militärischen Ausnahmezustandes wieder freigegeben wurden. Dieser Tage wurde auch die in der Gaisstraße gelegene Druckerei, in der die „Südd. Arbeiterzeitung“ hergestellt wird, von Vertretern staatlicher Behörden der Geschäftsleitung der kommunistischen Partei übergeben.

(SCB.) Dentingen, 5. März. Ein eigenes Vorkommnis ereignete sich auf unserem Friedhof anlässlich einer Beerdigung. Nachdem der Geistliche seine Funktionen beendet hatte, verteilten sich die Leute durch den ganzen Friedhof. Dabei wurden zwei sich im Friedhof aufhaltende, jedenfalls von Hunger geplagte Rehe, ein Bod und eine Geiß, aufgeschreckt. Während der Bod mit kühnem Sprung über die Mauer hinweg das Freie gewann, rannte die Geiß durch die Besucher hindurch, direkt in das offene Grab hinein. Sie mußte mit einem Seil wieder herausgezogen werden. Nun wagte die Geiß auch den gleichen Sprung wie der Bod und so werden sie wohl wieder vereint über den kalten, langen Winter trauern.

(SCB.) Neutlingen, 5. März. In der früheren Hahnschen Mühle, die im ersten Stock die Neutlinger Teigwarenfabrik, im zweiten Stock die Schuhwarenfabrik von Leische u. Sohn beherbergt, brach gestern Nachmittag Feuer aus. Sämtliche Feuerwehren von Neutlingen bekämpften drei Stunden lang den Brand. Die beiden Stockwerke sind fast vollständig ausgebrannt und der Schaden ist sehr groß. — Die Mühle ist vor 25 Jahren schon einmal abgebrannt.

(SCB.) Gmünd, 5. März. Im Gemeinderat gab das Gemeinderatsmitglied Erhard Kenntnis von einem Plan des Arbeitsministeriums, die Handelskammern in Heidenheim und Calw aufzulösen, wodurch die Gmünder Nebenstelle der Heidenheimer Handelskammer in Wegfall käme. Da sich die Handelskammer selbst erhalten, kämen Ersparnisse gar nicht in Frage. Bei einer Einverleibung nach Stuttgart würde der Handelskammerbeitrag viel höher sein. Die Gmünder Industrie beabsichtigt einen Protest, der jede Unterstützung verdiene. — Im Gemeinderat machte der Vorsitzende Mitteilung, daß die Ausgabe von Sonntagskarten 4. Kl. nun auch für Gmünd genehmigt ist.

(SCB.) Ulm, 5. März. Das Feuer im Neuen Bau ist immer noch nicht ganz erstickt. Gestern abend zwischen 10 und 10 Uhr brannte es im Flügel gegen den Lautenberg wieder lichterloh, so daß die Feuerwehr mit dem Strahlrohr eingreifen mußte. Der nächsten Nachbarschaft hatte sich eine gewisse Aufregung bemächtigt, die sich aber bald wieder legte.

(SCB.) Jungingen i. S., 5. März. Vor kurzem wurde hier ein tollwutkranker Hund getötet. Dieser Hund hatte vorher auch eine Kuh gebissen. Die Kuh mußte jetzt geschlachtet werden. Der Tierarzt hat bei der geschlachteten Kuh Tollwut festgestellt.

Aus Baden, 5. März. Der Vorstand und Aufsichtsrat des landwirtschaftlichen Lagerhauses Helmstadt bei Singheim haben einstimmig beschlossen, daß die von den Mitgliedern eingezahlten Geschäftsanteile voll nach dem Goldmarkkurs aufgewertet werden. Auch die Spareinlagen sollen eine gerechte Aufwertung erfahren.

(SCB.) Berg Dtl. Ravensburg, 5. März. Bei Landwirt Paul Amann in Oberdiepoltschhofen mußte gestern der Hofhund, bei dem die Tollwut ausbrach, erschossen werden. Er war von dem vor 4 Wochen aus dem Allgäu zugelaufenen Hund angesteckt worden. Verletzt hat er niemand, da die Krankheitsmerkmale rechtzeitig beobachtet wurden.

Aus Geld-, Volks- und Landwirtschaft.

Der Kurs der Reichsmark.

Berliner Briefstube.

1 Dollar	4210,5 Ma.
1 Goldmark	1000 Ma.
1 schweiz. Franken	731,82 Ma.

1 holl. Gulden	1573,92 Ma.
1 franz. Franken	172,4 Ma.
Goldumrechnungssatz für Steuern	1000 Ma.

Die Reichsindexziffer für Lebenshaltungskosten.

Berlin, 5. März. Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Bekleidung) beläuft sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamtes für den 3. März auf das 1,06-Billionenfache der Vorkriegszeit. Gegenüber der Vorwoche (1,05-Billionenfache) ist demnach eine Steigerung von 1 Prozent zu verzeichnen.

Bericht der Stuttgarter Börse.

(SCB.) Stuttgart, 5. März. Die Börse lag heute noch schwächer als in den letzten Tagen. Die Abbröckelungen setzten sich fort. Württ. Notenbank — 3 (65), Bamb. Maß — 2 (10,25), Brauerei Eßlingen — 2 (14), Brauerei Kettenmeyer — 5 (30), D. Verlag — 4 (30), Feinmeh. Tuttl. — 4,5 (29,5), Salz Heilbronn + 2 (102), Stuttg. Gips — 5 (95), Verein. Del — 3 (42), Verein. Filz — 2 (41), Spinnerei Eßlingen — 7 (41), Württ. Metall — 5 (50).

Oberschwäbische Fruchtmärkte.

In Mengen wurden verkauft 560 Kg. Weizen Preis 11 M, 1041 Kg. Gerste, Preis 10,50 M, 268 Kg. Haber, Preis 7 M, je 50 Kg. — In Waldsee kostete pro Ztr.: Gerste 10,50 M, Haber 7,70 M, Korn 10,80 M.

Schweinemärkte.

Salz: Zufuhr 438 Milch- und 6 Läufer Schweine. Alles wurde verkauft, Milchschweine um 18—28, Läufer um 35 bis 80 M das Stück. — Dörflingen: Zufuhr 150 Milch- und 6 Läufer Schweine. Verkauft 43 Milch- und 2 Läufer Schweine. Preis für Milchschweine 35—60 M das Paar, für Läufer 55 M das Stück.

(SCB.) Ludwigsburg, 5. März. Die Zufuhr auf dem Schweinemarkt betrug: 75 Läufer- und 133 Milchschweine. Verkauft wurden 20 Läufer- u. 80 Milchschweine. Der Preis für ein Läufer betrug 28—50, für ein Milchschwein 12—24 M. Der Handel war lebhaft.

Märkte.

(SCB.) Pforzheim, 4. März. Am Montag wurde in der großen Markthalle auf dem Gelände des neuen Schlachthofes der Schlachtviehmarkt in Anwesenheit staatlicher und städtischer Behörden eröffnet. Es wurden aufgetrieben 38 Stück Großvieh, 94 Schweine und 7 Kälber. Die Preise ohne Zuschlag betrugen für Ochsen und Rinder 1. Qualität 45—48 M, 2. 38—42, Farren 36—38, Kühe 22 bis 26, Schweine 70—74, Kälber 54—57 M. Der Verkauf war lebhaft. Ueberstand 2 Ochsen.

(SCB.) Herrenberg, 5. März. (Faschnachtsmarkt.) Zufuhr: 17 Ochsen, 132 Kühe und Kalbinnen und 137 St. Jungvieh. Es entwickelte sich trotz der steigenden Preise ein lebhafter Handel. Es wurde erlöst: für trüchtige Kühe 350—450 M, für Milchkühe 300—400, für Schlachtkühe 190 bis 300, für Kalbinnen 340—580, für Jungvinder und Stiere 110—370 M. — Dem Schweinemarkt waren 250 Milch- und 135 Läufer Schweine zugeführt. Ein Paar Milchschweine kostete 40—70, ein Paar Läufer 90—140 M.

(SCB.) Bausheim, 5. März. Dem Vieh- und Schweinemarkt waren zugeführt: 42 Kalb u. B. Ochsen, 31 Kalb, 20 Kühe, 12 Ochsen und Stiere, 18 Farren, 4 Mutter Schweine, 132 Saug Schweine, 31 Läufer. Verkauft wurden 27 Kälber und B. Ochsen 100—180 M, 15 Kalb 400—550 M, 15 Kühe 250—380 M, 12 Ochsen und Stiere 370—450 M, 18 Farren 330—400 M, 2 Mutter Schweine 115—150 M, 85 Saug Schweine 25—32 M, 21 Läufer 48—60 M, je das Stück.

(SCB.) Crailsheim, 5. März. (Viehmarkt.) Zufuhr 2 Ochsen, 6 Stiere, 10 Kühe, 9 Rinder. Für Stiere wurden 110—340, Kühe 185, Rinder 153—280 M bezahlt. Der Handel war flau.

Für die Verantwortlichkeit: Otto Sellmann Calw, Druck und Verlag der W. Celschlagerschen Buchdruckerei Calw.

Zahlungsaufforderung.

Die Grund- und Gebäudebesitzer und Gewerbetreibende werden zu ausbaldiger Entrichtung der jeweils zum 8. eines Monats zur Zahlung fälligen Steuerbeträge erinnert. Bei Zahlungsverzug müssen gemäß der Anweisung des Staats-Minist. nicht unbedeutende Zuschläge in Anrechnung gebracht werden. Besondere Steuerzettel werden nicht ausgegeben. Calw, den 5. März 1924.

Stadtpflege Calw.

BR
Taschentücher
aller Art
in großer Auswahl
Paul Räuhele, Calw.

Althengstett. Habe 700 Stück Bohnenstecken
Zaunstecken zu verkaufen.
und 100 Stück Johannes Großmann.



Der eine staunt, der andre lacht,
er freut sich über
Pilo's Pracht

ADOLF KREBS - DOLGENBACH - PLANNING

Forstamt Hirsau. Nadelstammholz- Verkauf

am Dienstag, den 18. März 1924, nachmittags 1 Uhr in Hirsau im „Röble“ aus Staatswald Zellholz, Langerader, Tälesbach, Negenbrunnen, Langerwand, Wandeigrund, Blaiche, Hölzwejen, Köhlsteigle, Rutenweg, Reichertsmahd, Sauklauen, Ulrichsacker, Tränkwasen, 355 So. mit Fm. Rangh.: 13 I., 66 II., 116 III., 65 IV., 15 V. Kl. Sägh.: 7 I., 12 II., 1 III. Kl. 2211 La. 457 Fm. mit Fm.: 46 I., 155 II., 40 III., 343 IV., 285 V., 45 VI. Kl. Sägh.: 3 I., 14 II., 8 III. Kl. Es verzeichnete von der Forstdirektion G. J. Stuttgart.

Ständiges Inferieren
bringt Erlösa!

Bad Teinach.
Gasthof z. Hirsch
ab 8. März
wieder eröffnet.

Lesen Sie Ihre Lokalzeitung, wenn Sie über Vorkommnisse in Stadt u. Bezirk unterrichtet sein wollen.

Ein ordentliches Mädchen welches auch melken kann auf 15. März oder 1. April gesucht.
Gottlieb Ganzhorn Ww. Hirsau.

Hochwürdige 3-jährige Ziege verkauft.
Wer, jagt die Geschäftsstelle an.

Allgemeine Ortskrankenkasse für den Oberamtsbezirk Calw.

Zufolge Beschlusses des Kassenvorstandes vom 26. Februar 1924 wurde — unter Beibehaltung der freien Arztwahl — die im II. Stock unseres Verwaltungsgebäudes — Lederstraße Nr. 161 — untergebrachte

zahnärztliche Klinik

am Montag, den 3. März in Betrieb genommen.

Leitender Zahnarzt:
Dr. med. dent. Rieg.

Sprechstunden: Montag bis Freitag von 9—1 und 3—6 Uhr
Samstag von 9—1 Uhr.

Calw, den 26. Februar 1924.

Vorstandsvorsitzender: Kamparos. Verwalter: Proß.

Klassenlose

1/2 Mk. 3 - Ziehung 8. März
Hauptgewinn
1 Million Goldmark
sind noch vorrätig bei
Friseur Winz, Markt.

Pfannkuch & Co

Frisch
eingetroffen:

Feinste Süß- Büchlinge

Pfd. 32 Pfg.
5 Pfd. 1.50 Mk.
Riste

Frischen

Cabeljan

Pfd. 30 Pfg.

Fernsprecher 45.



Zur Saat

empfiehlt

Frühsummergerste und Sommerweizen

R. Otto Vinçon.

Hier

in den Spalten der
kleinen Anzeigen fin-
det die praktische
Hausfrau gute Gele-
genheit überflüssiges
Hausgerät zu verkaufen!

Ein jüngeres ordentliches

Mädchen

sucht

Frau Metzgermeister
Sourdan Calw.

Mädchen gesucht.

Nicht unter 20 Jahre altes
Zimmermädchen,
das mit der Wäsche umzu-
gehen versteht;
Veiköchin,
die etwas kochen kann und
Luft hat, sich in der bürger-
lichen Küche gründlich aus-
zubilden, finden zum 1. April
Stellung. Schriftliche Mit-
teilungen mit Zeugnisabschri-
ften erbeten.

Erholungsheim
Ludwigsburg,
Bad Liebenzell.

Otto Mendel
Luise Mendel
geb. Schwarz
Vermählte

Leonberg

März 1924.

Lichtspieltheater „Bad. Hof“

Heute Donnerstag Abend 8 Uhr

Das Abenteuer von Ballimore

Amerikanisches Sensations-Detektiv-
Drama größten Stils in 6 Akten.

Mit Belprogramm.

Wir beehren uns Verwandte, Freunde und
Bekannte zu unserer am Samstag, den 8. März
1924, im Gasthaus zum „Döfen“ in Altburg
stattfindenden

Hochzeitsfeier

freundlichst einzuladen.

Syazint Weber

Sohn des Daniel Proß, Altburg.

Anna Widmann

Tochter des verst. Joh. Widmann, Stuttgart.

Kirchgang 12 Uhr in Altburg.

Zavelstein-Rötenbach.

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und
Bekannte zu unserer am Samstag, den 8. März
stattfindenden

Hochzeitsfeier

im Gasthaus zur „Krone“ in Zavelstein freund-
lichst einzuladen.

Ulrich Koller

Sohn des verst. Metzgermeisters Adam Koller
in Zavelstein.

Maria Schwämmle

Tochter des Martin Schwämmle, Bauer in Rötenbach.

Kirchgang um 12 Uhr.

Kleider- und Schurzzeuge

in großer Auswahl

Paul Räuhele, Calw.

Alle Sorten

Gummi-Stempel

liefert rasch
und billig die

A. Delschläger'sche Buchdruckerei
Calw.

Sommenhardt.

Fichtenstangen- Verkauf.

Am Freitag, den 7. März 1924 verkauft die Gemeinde
Bauftangen: 48 Ia, 64 Ib, 11 II. Klasse.
Hagstangen: 80 I., 187 II., 28 III. Klasse.
Hopfenstangen: 355 I., 185 II., 114 IV. Klasse.
Zusammenkunft morgens 8 1/2 Uhr bei der Wirtschaft
in Reuthelm.

Ferner werden noch

ca. 800 St. Privatstangen

größtenteils Bauftangen verkauft.

Gemeinderat.

Liebelsberg.



Langholz- Verkauf.

Die hiesige Gemeinde bringt am Samstag, den
8. ds. Mts nachmittags 2 Uhr auf dem Rathaus
47,75 Festmeter Langholz (Fo. und Fl.)
I. bis V. Klasse,

im Submissionsweg zum Verkauf.

Angebote sind bis zum genannten Zeitpunkt beim
Schultheißenamt abzugeben.

Den 4. März 1924.

Gemeinderat.

Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegs-
teilnehmer und -hinterbliebenen, Ortsgruppe Calw.

Am Samstag, den 8. März 1924, punkt 8 Uhr
abends, findet bei Kamerad Scheuerle, Metzgermeister, die

Generalversammlung

statt. Pünktliches Erscheinen aller Mitglieder dringend
erbeten. Der Ausschuß.

Ausziehtische,

gewöhnliche Zimmertische,

Stühle in einfacher sowie besserer Ausführung

kaufen Sie am besten bei

Dalcolmo, Kronengasse 110.



Hüte • Mützen • Pelzwaren

Fabrik und Lager

Karl Schrempp,

Große Auswahl billige Preise!

Pforzheim, Westliche 22.

Sendet deutsche Zeitungen ins Ausland.

Borhangstoffe
in schmal und breit
Scheibenschleier
fertige Vorhänge
1teilig od. aus 3 Teilen
Madrasvorhänge, dicke Vorhänge
Paul Räuhele, Calw.

Direkter Import.

Direkter Import.

Nächste Woche einige Waggons

Mostrosinen

eintreffend, empfehle solche billigst

Friedrich Hubel, Inh. Carl Hubel

Landesprodukten, Gechingen.

Muster zu Diensten. Für Wiederverkäufer Spezialpreise!
Fernsprecher Nr. 1.

Direkter Import.

Direkter Import.

Südb. Branntweinbrennerei und Litorfabrik

sucht tüchtigen Vertreter
bei hoher Provision. Gesl. Angeb. unter S. N. 194 an
Rudolf Woffe, Stuttgart.